

Die nordkoreanischen Sonderwirtschaftszonen - eine Wiederholung des chinesischen Erfolgsmodells?

Seliger, Bernhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Seliger, B. (2003). Die nordkoreanischen Sonderwirtschaftszonen - eine Wiederholung des chinesischen Erfolgsmodells? *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 262-285. <https://doi.org/10.11588/kjb.2003.0.3364>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Die nordkoreanischen Sonderwirtschaftszonen – eine Wiederholung des chinesischen Erfolgsmodells?

Bernhard Seliger

1 Einleitung

In den vergangenen Jahren hat Nordkorea eine Reihe vorsichtiger Öffnungsversuche der Wirtschaft begonnen, die es schon angebracht erscheinen lassen, von einer eigenen nordkoreanischen „Politik der offenen Tür“ zu sprechen, auch wenn dies in der Öffentlichkeit durch die kriegerische Propaganda Nordkoreas und insbesondere die Nuklearkrise kaum wahrgenommen wurde. Neben anderen Wirtschaftsreformen, wie einer Preis- und Lohnreform, einer Reform des Anreizsystems für die Landwirtschaft und einer Geldreform, war die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen (SWZ) der Kernpunkt des Reformprogramms. Dies ist insofern erstaunlich, als bereits Anfang der neunziger Jahre in Rajin-Sonbong am so genannten „goldenen Dreieck“ zwischen China, Russland und Nordkorea eine SWZ eingerichtet worden war, die aber nie den erwarteten Wirtschaftsaufschwung in die Region brachte. Welche Gründe stehen hinter der erneuten Entscheidung, drei Sonderwirtschaftszonen in Gaeseong, Sinuiju und Geumgangsang einzurichten?

Die außenwirtschaftliche Liberalisierung der letzten Jahrzehnte war in vielen Ländern durch eine Änderung der Außenhandelsstrategie von der Importsubstitution zur Exportorientierung gekennzeichnet. Um eine leistungsfähige Exportindustrie aufzubauen, wurden ausländische Direktinvestitionen als notwendig angesehen, die sowohl das nötige Kapital als auch die nötige Technologie dafür bereitstellen konnten. Um ausländisches Kapital anzuziehen, wurden in vielen Ländern bestimmte Regionen als Standort für Exportindustrien ausgewiesen, die Vorteile für Investoren boten, insbesondere Steuer- und Zollvorteile. Keines dieser ordnungspolitischen Experimente hat so große Aufmerksamkeit erregt wie die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen in China seit 1979. Die hohen Wachstumsraten von Exporten und

Bruttoinlandsprodukt, die China insgesamt, besonders aber die chinesischen Sonderwirtschaftszonen, in den gut zwanzig Jahren seit ihrer Einführung erreichten, heben sich deutlich von den Transformationsschwierigkeiten ab, unter denen die meisten anderen früheren Zentralverwaltungswirtschaften in Mittel- und Osteuropa sowie Zentral- und Ostasien zu leiden haben. Dadurch wird China gerade im asiatischen Raum zu einem Vorbild für die anderen Transformationsstaaten.

China war keineswegs der erste Staat, der mit Exportzonen experimentierte. Die erste so genannte Exportverarbeitungszone (EVZ) wurde 1958 in Shannon in Irland begründet, es folgten EVZ in den USA, 1962 in Puerto Rico, 1964 in Mexiko und 1965 in Kanada. Danach wurden auch in Taiwan (1966), Südkorea (1971) und auf den Philippinen und Malaysia (1972) EVZ gegründet. Je mehr Länder sich von einer protektionistisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik abwandten, desto größer wurde die Zahl der EVZ. Heute liegt sie bei etwa 850 weltweit. Während in den meisten ostasiatischen Staaten die Funktion der Exportverarbeitungszone als erfolgreich eingeschätzt wurde, waren die Erfolge in anderen Regionen oft weniger deutlich.¹ Am wichtigsten ist ihre Rolle heute in China, wo insbesondere die Sonderwirtschaftszone Shenzhen bei Hongkong ein Symbol für eine erfolgreiche Wirtschaftstransformation geworden ist.

Das nordkoreanische Modell orientiert sich stark an China, das mehrfach von Kim Jong-il, dem nordkoreanischen Führer, zu Studienzwecken besucht wurde. Werden die SWZ in Nordkorea einen entsprechenden Aufschwung wie in China nehmen? Im Folgenden wird diese Frage untersucht, wobei zunächst im zweiten Abschnitt das nordkoreanische Konzept der SWZ erläutert wird. Im dritten Abschnitt wird die Entwicklung der chinesischen SWZ diskutiert, gefolgt von einem Vergleich beider Konzepte und einem Ausblick für Nordkorea.

2 Die nordkoreanischen Sonderwirtschaftszonen – ein Überblick

Obwohl Nordkorea als eine der geschlossensten Volkswirtschaften der Welt gilt, gibt es bereits seit 1984 ein Joint-Venture-Gesetz und seit Anfang der neunziger Jahre, als die Wirtschaftslage in Nordkorea sich kontinuierlich verschlechterte, Ver-

¹ Dies betraf insbesondere die Exportverarbeitungszone in Lateinamerika und Südostasien, z.B. Indien. In beiden Fällen war die Attraktivität für ausländische Investitionen nur gering. Insbesondere siedelten sich häufig nur arbeitsintensive Industrien in den EVZ an, die keinen Technologietransfer ermöglichten. Hauptgründe für die geringe Attraktivität der EVZ waren einerseits ordnungspolitische Fehlentscheidungen (die indischen Zentral- und Provinzregierungen standen zum Beispiel dem Konzept reserviert gegenüber und errichteten hohe bürokratische Hürden) oder eine falsche, regionalpolitische motivierte Auswahl von Zonen in Gebieten, denen die Infrastruktur für die erfolgreiche Entwicklung einer EVZ fehlte; häufig war es eine Mischung aus beiden Gründen. Siehe die vergleichenden Studien von Ryan (1985), Shoesmith (1986), Kundra (2000).

suche, ausländische Investoren anzuziehen. Allerdings waren diese Versuche nicht sehr erfolgreich (vgl. Namkoong 1995, 1999). Auch die Errichtung einer SWZ in Sinuiju, einer besonderen Industriezone in Gaeseong und einer besonderen Tourismuszone in Geumgangsan haben eine Vorgeschichte, die die Probleme einer schlecht geplanten SWZ aufzeigt: Im Dezember 1991 entschloss sich Nordkorea, in einer bis dahin einmaligen Zusammenarbeit mit China (Autonome Präфекtur Yanji, in der viele ethnische Koreaner leben) und Russland (Primorskie Krai) zur Errichtung der SWZ Rajin-Sonbong als Teil des von der UNDP geförderten Tumen-Entwicklungsprojekts im euphemistisch so genannten „goldenen Dreieck“ zwischen China, Russland und Nordkorea. Die SWZ umfasst 746 km² und hat etwa 150.000 Einwohner. Der eisfreie Hafen, die günstige Verkehrslage in der Nähe zu China und Japan, das reiche Vorkommen von Meerestieren und günstige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen sollten zu einem Aufschwung der ganzen Region durch Handel und ausländische Direktinvestitionen führen. Zu den Rahmenbedingungen gehören wie in anderen SWZ insbesondere günstige steuerliche Bedingungen, eine Gewinnrepatriierungsgarantie sowie die zollfreie Ein- und Ausfuhr von Vorprodukten und Waren, die mit der Industrieproduktion in der SWZ zusammenhängen (siehe Park 1996, 1997a).

Tatsächlich haben sich Joint Ventures und vollständig ausländische Unternehmen aus Thailand, Singapur, China, Russland und Japan in den Bereichen Telekommunikation, Transport, Tourismus und Fischerei angesiedelt. Der erwartete Aufschwung ist allerdings ausgeblieben. 65 Projekte wurden bis 1998 mit einem Gesamtinvestitionswert von 907,1 Millionen US\$ beschlossen, aber nur 35,1 Millionen US\$ sind davon tatsächlich investiert worden, davon nur ein geringer Teil, 500.000 US\$, für die Aufnahme industrieller Produktion (siehe Center for Non-Proliferation Studies 1998). Heute gelten die weiteren Entwicklungschancen von Rajin-Sonbong als begrenzt, da die SWZ durch fehlende Infrastruktur, ungünstige ökonomische Lage im äußersten Norden des Landes und fehlende ordnungspolitische Voraussetzungen gekennzeichnet ist.²

In den ersten Jahren der Regierung von Kim Dae-jung, von 1998 bis 2000, führte die „Sonnenscheinpolitik“ Kim Dae-jungs zu vielfältigen Gesprächs- und Kooperationsangeboten Südkoreas gerade im ökonomischen Bereich (siehe Yang 1998; Choi 1998). Im Vorfeld des Gipfeltreffens von Kim Dae-jung und Kim Jong-il im Jahr 2000 kam es zu einer Kooperation Nordkoreas mit dem südkoreanischen Hyundai-Konzern (derzeit sind diese Aktivitäten in der Hyundai Asan Corp. zusammenge-

² Auf drastische Weise zeigt sich das Scheitern der SWZ Rajin-Sonbong daran, dass drei für das Projekt Rajin-Sonbong wichtige Personen, der Vorsitzende des Komitees für Außenbeziehungen, Kim Jung Wu (bereits 1997), Professor Kim Su Yong von der Kim-Il-Sung-Universität sowie der stellvertretende Außenhandelsminister und Nachfolger von Kim Jung Wu, Kim Mun Sung, wegen verschiedener Korruptionsvorwürfe des Amtes enthoben wurden – Letzterer wurde, nach südkoreanischen Medienberichten, deswegen sogar hingerichtet, vgl. *Digital Chosun* (2002).

fasst). Das Aushängeschild dieser Aktivitäten war die Einrichtung einer Schifffahrtsroute zum Geumgang-Gebirge (Geumgangsan), die durch monatliche Zahlungen von mehreren Millionen US\$ erkaufte wurde. Aber auch in weiteren Bereichen hat sich Hyundai nach eigenen Angaben Rechte in Nordkorea erkaufte – für den Transfer von bis zu 500 Millionen US\$ im Jahr 2000 bekam der Konzern angeblich 30-jährige Monopolrechte für eine Eisenbahnverbindung zwischen Nord- und Südkorea, den Ausbau eines Telekommunikationsnetzes und der Energieerzeugung, den Ausbau eines Flughafens in Tongcheon, den Dammbau am Imjin-Fluss, den weiteren Ausbau von Geumgangsan und die Errichtung einer Sonderzone für Industrieproduktion in Gaeseong.³ Die Errichtung besonderer Industriekomplexe mit Hilfe südkoreanischer Konzerne wurde als Weg zur Modernisierung der maroden Wirtschaft gesehen (Yoon 1999).

Das Gipfeltreffen vom 15. Juni 2000 führte dann zu großen Hoffnungen bei allen südkoreanischen Firmen, insbesondere den großen Konzernen (*chabeol*), auf künftige Investitionen in Nordkorea (vgl. Seliger 2000). Allerdings brachte das darauffolgende Jahr 2001 einen Rückschlag. Das Tourismusgeschäft am Geumgangsan war mit völlig überzogenen Erwartungen begonnen worden (vgl. zum Beispiel Cho 1999). Bald konnten trotz Finanzhilfen Südkoreas die versprochenen Zahlungen von 12 Millionen US\$ pro Monat von Hyundai nicht mehr geleistet werden. Derzeit ist die staatliche südkoreanische Korean National Tourism Organization Partner von Hyundai, was einer Subventionierung des Unternehmens durch den Staat gleichkommt. Auch die Erleichterungen bei industrieller Produktion ließen auf sich warten. Der in bescheidenem Umfang vorhandene Kommissionshandel, bei dem nordkoreanische Firmen im Auftrag südkoreanischer oder internationaler Unternehmen meist arbeitsintensive Produktionsschritte ausführten und dafür die Rohmaterialien geliefert bekommen, ist mit vielen bürokratischen Hindernissen verbunden. Im Vergleich zu anderen Staaten wie China oder Vietnam sind auch die Arbeitskräfte in Nordkorea trotz des dortigen niedrigen Lohnniveaus nicht sehr billig, da vom nordkoreanischen Staat für derartige Außenhandelskooperationen Mindestlöhne von etwa 100 US\$ pro Monat festgelegt werden.⁴

In einem Überraschungscoup verkündete Nordkorea im Sommer 2002 die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone in Sinuiju gegenüber der chinesischen Stadt Dandong. 50 Jahre unverändert (nach dem Vorbild Hongkongs) soll dort ein Grund-

³ Die Gewährung dieser Exklusivrechte wurde erst vor kurzem im Zusammenhang mit der Untersuchung um illegale Geldtransfers vor dem Gipfeltreffen von Kim Dae-jung und Kim Jong-il im Jahr 2000 veröffentlicht. Nach Angaben von Hyundai Asan hatte sich Nordkorea bisher dagegen gesperrt, diese weitreichenden Abmachungen zu veröffentlichen. Selbst wenn diese Version zutrifft, führt doch der enge zeitliche Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen im Juni 2000 zu dem nahe liegenden Verdacht, das Treffen sei durch diese Zahlungen, die durch staatliche Subventionen in Millionenhöhe garantiert wurden, quasi erkaufte worden.

⁴ Ein durchschnittlicher monatlicher Arbeitslohn in Nordkorea beträgt derzeit wenig mehr als 13 US\$.

gesetz gelten, in dem u.a. das Recht auf Privateigentum, ein eigenes Geld- und Zollsystem und ein eigener Haushalt, Mietverträge über 50 Jahre für Ausländer sowie unbeschränkter Kapitalverkehr garantiert sind. Sinuiju, eine Stadt mit 400.000 Einwohnern, liegt am Yalu-Fluss und ist mit China durch eine Brücke und eine Eisenbahnlinie verbunden. Die wichtigsten Branchen sind Chemie-, Metall- und Nahrungsmittelindustrie. Zum Leiter der Sinuiju Special Administrative Region (SSAR) wurde der chinesischstämmige Unternehmer Yang Bin ernannt. Diese äußerst schillernde Persönlichkeit – von einem US-amerikanischen Magazin als einer der reichsten Männer Chinas bezeichnet – wurde aber kurz darauf im August von China wegen Steuervergehen festgenommen und steht bis heute unter Hausarrest. Die gängige Interpretation dazu ist, dass China, das über die Pläne Nordkoreas nicht informiert war und auch eine Konkurrenz zur eigenen Sinuiju gegenüberliegenden Freihandelszone Dandong fürchtete, sich dadurch rächen wollte. Seit der Verhaftung Yangs ist kein Fortschritt mehr in Sinuiju zu vermelden außer Arbeiten an der angekündigten Mauer um das Gebiet. Derzeit wird die SWZ nach Zeitungsberichten von einem Führungsgremium geleitet, von dem aber nichts weiter bekannt ist.

Die Errichtung einer Sonderzone für Industrieproduktion in Gaeseong, das zwischen Seoul und Pyongyang kurz hinter der demilitarisierten Zone (DMZ) liegt, geht auf schon länger bestehende Überlegungen Nordkoreas zur Ansiedlung industrieller Produktion zurück, ist weniger radikal in der Ausgestaltung, aber für südkoreanische Firmen durch den Landweg durch die DMZ, der als Straßen- sowie Schienenverbindung entsteht, als Produktionsstandort sehr viel interessanter. Dort sollen von Hyundai Asan in Zusammenarbeit mit der Korea Land Corporation in zehn Jahren bis zu 26,4 Millionen Quadratmeter Land erschlossen werden, davon alleine 3,3 Millionen (1 Millionen *pyong*) in den ersten zwei Jahren. Die Planungen sind dabei sehr optimistisch, was den Erfolg der Zone angeht: Nach einem Bericht der südkoreanischen Vereinigung der *chaebeol*, Federation of Korean Industries (FKI), könnten sich die ökonomischen Effekte der SWZ in Gaeseong in neun Jahren auf 88,9 Billionen Won (etwa 72,28 Milliarden US\$) summieren (vgl. *Korea Herald* 2002a). Dabei geht die FKI davon aus, dass sich bis zu 1.200 Firmen in der SWZ Gaeseong ansiedeln. Für südkoreanische Firmen würden daraus nach Berechnungen der FKI 18,86 Mrd. US\$ in zusätzlicher Produktion und 7,79 Mrd. US\$ in zusätzlicher Wertschöpfung pro Jahr entstehen, und die Wettbewerbsfähigkeit der südkoreanischen Industrie würde sich auf den Weltmärkten verbessern. Für Nordkorea würden die Einnahmen jährlich über 15 Mrd. US\$ betragen, was bei einem staatlichen Haushalt von etwa 10 Mrd. US\$ 150 Prozent des jährlichen Budgets wären. Dazu kämen nichtbudgetäre Effekte wie der Transfer neuer Technologien nach Nordkorea, ein verbessertes Image bei potenziellen Kreditgebern und die Verbesserung der Lebensqualität in der Region. Das Korea Research Institute for Human Settlements geht in einer ähnlichen Studie davon aus, dass in Gaeseong 170.000 Arbeitsplätze für Nordkoreaner und jährliche Gewinne in Höhe von 660 Millionen US\$ entstehen, bei einem Produktionswert von mehr als 21 Mrd. US\$ jährlich.

Andere Schätzungen sind weniger optimistisch, gehen aber immer noch von großen Entwicklungsmöglichkeiten für Gaeseong aus (vgl. *Korea Herald* 2002b). Das

Construction Economic Research Institute of Korea rechnet mit ökonomischen Effekten von jährlich 6,6 Mrd. US\$ (8,2 Billionen Won), der Schaffung von ca. 60.000 neuen Arbeitsplätzen und einer Produktion, die 16,7 Prozent des Bruttosozialprodukts Nordkoreas entsprechen wird, was die Wachstumsrate Nordkoreas nach der Vollendung der SWZ in zehn Jahren um etwa 1,7 Prozent jährlich heben würde. Die Korea Federation of Textile Industries hat in einer Umfrage unter ihren Mitgliedsunternehmen herausgefunden, dass sich alleine aus dem Textilsektor (vornehmlich Kleiderherstellung und Webereien) bis zu 174 Firmen für eine Investition in Gae-seong interessieren und dabei Investitionen von 395 Millionen US\$ tätigen könnten und, bei einem monatlichen Gehalt von 85 US\$ pro Arbeiter, 38.000 Arbeitsplätze schaffen würden (vgl. *Korea Herald* 2003).⁵

Auch im Geumgangsán sollen durch die Errichtung einer besonderen Tourismusentwicklungszone im November 2002 ausländische Investitionen herangezogen werden. Nach einer anfänglichen Welle der Begeisterung gingen die Zahlen der Touristen im Geumgangsán, einem der schönsten Gebirge Koreas, drastisch zurück, u.a. wegen hoher Preise, des umständlichen Schiffsweges zu dem am Ostmeer (Japanischen Meer) gelegenen Gebirge sowie durch die strengen, fast militärischen Regeln, die nur Gruppenreisen und -wanderungen entlang eines mit Stacheldraht gesicherten Weges erlauben. Nordkorea will den Landweg über Eisenbahn (Tonghae-Linie) und eine Straße sowie Weiterreisen innerhalb Nordkoreas erlauben, ein Gebiet von 33 Millionen Quadratmetern (10 Millionen *pyong*) für die Ansiedlung von Vergnügungsindustrien wie Casinos, aber auch Industrieunternehmen bereitstellen und – ohne das bisherige Exklusivabkommen mit Hyundai zu brechen – auch ausländische Investitionen erlauben. Auch hier sind die Planungen sehr optimistisch: Hyundai Asan geht von 300.000-400.000 Touristen 2003 aus, aber von einer Steigerung auf über eine Million Touristen ab 2006, wenn das Geumgangsán durch neue Investitionen, z.B. in Casinos und Golfplätze, interessanter geworden sei.

Obwohl alle drei Zonen, Sinuiju, Gaeseong und Geumgangsán, SWZ sind, haben sie doch alle einen anderen Fokus, nämlich die völlige Umgestaltung der Wirtschaftsordnung in einem abgeschlossenen Gebiet in Sinuiju, die industrielle Entwicklung in Gaeseong und die Tourismusentwicklung im Geumgangsán. Zu den Gemeinsamkeiten der drei SWZ nach den dafür geschaffenen Gesetzen Nordkoreas gehört die Erlaubnis der freien Wirtschaftstätigkeit, der Investitionsförderung durch steuerliche Vorteile, der Investitionsmöglichkeit für Südkoreaner und Ausländer und der Möglichkeit, für 50 Jahre lang Mietverträge über die Landnutzung abzuschließen, und damit Planungssicherheit zu erlangen. Auch die Repatriierung von Gewinn-

⁵ Interessant an dieser Umfrage ist vor allem, dass dies 40 Unternehmen mehr als bei einer ähnlichen Umfrage im Jahr 2000 sind. Dies zeigt einerseits den wachsenden Druck auf die Textilindustrie in Südkorea, das inzwischen für diesen Sektor zu den Ländern mit höherem Lohnniveau gehört, aber auch die Einschätzung, dass möglicherweise die SWZ in Gaeseong ein Erfolg wird.

nen ist für Investitionen in allen drei Gebieten garantiert. Daneben gibt es aber auch Unterschiede.

Die SWZ Sinuiju garantiert nicht nur freie wirtschaftliche Betätigung, sondern auch Wahlrecht und Arbeitserlaubnis für alle Einwohner, die Freiheit der Medien (keine Zensur), Versammlungs-, Religions- und Vereinigungsfreiheit. Die Industrieproduktion in Sinuiju unterliegt besonders niedrigen Steuern und Zollsätzen. Ausländer können die Bürgerschaft mit Zustimmung des Gouverneurs der Zone erhalten.⁶ Boden kann für fünfzig Jahre vom Inkrafttreten der SWZ, bis zum 31. Dezember 2052, gepachtet werden. Umweltverschmutzung, wie sie teilweise in Folge der Errichtung von Exportzonen durch die Ansiedlung umweltbelastender Industrien entstanden ist, soll verhindert werden.

In der Industriezone Gaeseong ist zwar nach dem SWZ-Gesetz ausdrücklich die Freiheit der Person (Schutz vor willkürlicher Verhaftung) garantiert sowie die Freiheit, Kommunikationsmittel wie Post, Telefax und anderes zu nutzen, weitergehende Rechte wie in Sinuiju sind aber nicht festgeschrieben. Einfuhr- sowie Ausfuhrzölle auf Waren aus Gaeseong sollen nicht erhoben werden. Vom Beginn des Nutzungsvertrags an kann Land bis zu fünfzig Jahre gepachtet werden. Südkoreaner können an der lokalen Verwaltung in Gaeseong teilhaben, möglicherweise sogar direkt in die Leitung solcher Verwaltungen berufen werden. Wie in Sinuiju soll eine Schädigung der Umwelt laut Gesetz vermieden werden. Geumgangsán soll für den einfachen, visumsfreien Personenverkehr als Individual- und Gruppenverkehr geöffnet werden. Einkäufe in der besonderen Tourismuszone sind steuerfrei. Wie in Gaeseong soll die Beteiligung von Südkoreanern an der lokalen Verwaltung möglich sein. Für Landverpachtungen gibt es keine klaren Regeln, aber für Hyundai Asan wurden Verträge auf fünfzig Jahre abgeschlossen. Wird dieses neue Regelwerk tatsächlich zu den erwarteten Investitionen führen? Im Folgenden soll diese Frage zunächst anhand eines Rückblicks auf die Entwicklung der chinesischen SWZ, die beim nordkoreanischen Modell Pate standen, und dann durch einen Vergleich beider Modelle untersucht werden.

3 Die chinesischen Sonderwirtschaftszonen im Rückblick

Als im 19. Jahrhundert die Politik der „ungleichen Verträge“ durch die Westmächte China eine Öffnung seiner Wirtschaft für die Exporte der sich entwickelnden Industrienationen Europas aufzwang, wurde dieser Handel im Wesentlichen durch so genannte „offene Vertragshäfen“ (*open treaty ports*) abgewickelt, von denen Hong-

⁶ Dem Gouverneur sollte ursprünglich eine gewichtige Rolle bei der Umsetzung des Konzepts der SWZ in Sinuiju zukommen. Nachdem der vorgesehene Yang Bin verhaftet wurde und durch ein Leitungsgremium ersetzt wurde, ist diese Regelung allerdings wieder fraglich.

kong später der bedeutendste wurde. Mit dem Sieg der Rotchinesen unter Mao im Jahr 1949 war auch die Geschichte der Vertragshäfen beendet. Zunächst unterstützt von sowjetischen Beratern, führte China eine Zentralverwaltungswirtschaft ein. Geografisch wurde der Schwerpunkt der darauffolgenden Industrialisierung auf die Entwicklung des westchinesischen Hinterlandes gelegt, da die bisher am weitesten entwickelte Küstenregion Südchinas sowie deren unmittelbares Hinterland als militärisch zu exponiert galten.⁷

Die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Experimente des „großen Sprungs“ (*great leap forward*) Ende der 1950er-Jahre und der Kulturrevolution in den 1960er-Jahren, die einen eigenständigen entwicklungspolitischen Weg des Maoismus begründen sollten, führten zu katastrophalen wirtschaftspolitischen Ergebnissen (vgl. Kwan und Chow 1995; An et al. 2001). Die Abschottung gegenüber dem Ausland und die starken Autarkiebestrebungen waren dabei einerseits wirtschaftspolitisch, andererseits politisch begründet als Antwort auf die als nationale Demütigung empfundene erzwungene Öffnung Chinas durch die Westmächte im 19. Jahrhundert. Die Größe Chinas sollte durch eine eigenständige Form des Sozialismus deutlich werden, die keinen Austausch mit kapitalistischen Staaten benötigte. Als nach dem Tode Maos und der Absetzung der „Viererbände“ 1978 über die Grundlinien einer neuen Wirtschaftspolitik diskutiert wurde, wurde interessanterweise dasselbe Argument, nämlich die nationale Größe, für die wirtschaftliche Öffnung Chinas vorgebracht. Inzwischen hatten sich viele der exportorientierten Staaten Ostasiens zu erfolgreichen Industriestaaten gewandelt und China in der wirtschaftlichen Entwicklung weit überholt.⁸ China reagierte darauf mit einer „Politik der offenen Tür“ sowie der Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, die zu Katalysatoren der wirtschaftlichen Entwicklung werden sollten.⁹

Bereits seit 1978 hatte es so genannten Kompensationshandel mit Hongkong gegeben, bei dem mit Hilfe von aus Hongkong gelieferttem Kapital Güter in China produziert wurden, die teilweise zur Bezahlung des Kapitals an die Kapitalgeber gegeben wurden.¹⁰ Im Juli 1979 wurde den chinesischen Küstenprovinzen Guang-

⁷ In der Rhetorik der chinesischen Führung ging es um den Aufbau der „dritten Grenze“ (*third frontier*), hinter der ersten Grenze (Küstenregionen) und zweiten Grenze (küstennahes Hinterland). Diese dritte Grenze hatte oberste Priorität bei Investitionen (vgl. Lu und Tang 1997: 37).

⁸ Dies wurde insbesondere im Zusammenhang mit Hongkong und Taiwan als Problem angesehen, da China auf beide territoriale Ansprüche erhob. In seiner Rede vor zehntausend Kadern der Kommunistischen Partei Chinas am 16. Januar 1980 bezeichnete Deng Xiaoping (in dieser Reihenfolge) als die drei wichtigsten Ziele Chinas den Kampf gegen US-amerikanische und sowjetische Hegemonie, die Rückkehr Taiwans und den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

⁹ Zur Politik der „offenen Tür“ siehe Watson und Xin (1986). Zur Rolle der SWZ in der Politik der „offenen Tür“ siehe Bucknall (1989).

¹⁰ Zur Rolle des Kompensationshandels und anderer Formen der Auftragsproduktion siehe Taubmann (1996).

dong und Fujian die Durchführung wirtschaftspolitischer Experimente in so genannten Sonderwirtschaftszonen gestattet.¹¹ Beide Provinzen befanden sich in der Nähe der erfolgreichen kapitalistischen Gebiete Hongkong, Taiwan und Macau. Man erhoffte sich von dort wie auch von den zahlreichen, in Südostasien lebenden Auslandschinesen Kapitalzuflüsse. Gleichzeitig wurde mit einem Joint Venture Law die Grundlage für solche Kapitalzuflüsse geschaffen. Die ersten SWZ wurden in Shenzhen, Zhuhai und Shantou in der Provinz Guangdong sowie in Xiamen in der Provinz Fujian errichtet. 1988 wurde die gesamte Insel Hainan als eigene Provinz eine SWZ.¹²

1982 wurde ein Special Economic Zone Office eröffnet, das die Wirtschaftspolitik der Sonderwirtschaftszonen koordinierte und kontrollierte.¹³ Seit 1983 gab es die ersten vollständig ausländischen Niederlassungen in den SWZ, und gleichzeitig wurden die ersten Aktien an Unternehmen in den SWZ gehandelt. Seit 1984 gab es in Shenzhen einen vom Staat kontrollierten Aktien- und Schuldverschreibungshandel. Zu den Anreizen in den SWZ gehörten die „klassischen“ Anreize der Exportzonen wie im Vergleich zum Rest des Landes geringere bürokratische Hemmnisse, z.B. bei der Visumserteilung, Steuervorteile (geringere Steuersätze sowie Steuerbefreiung für eine bestimmte Anzahl von Jahren) sowie die zollfreie Einfuhr von Kapitalgütern und Rohstoffen, die für die Exportproduktion benötigt wurden.¹⁴ Die Ziele dieser Erleichterungen waren die Anwerbung ausländischen Kapitals, dadurch die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Zufluss von Devisen und schließlich eine Vernetzung mit dem weniger entwickelten Hinterland, die gleichzeitig den Technologietransfer und den Transfer moderner Managementpraktiken ermöglichen sollte.¹⁵

Der Arbeitsmarkt in den SWZ unterschied sich deutlich von dem System der „eisernen Reisschüssel“, der chinesischen Spielart des sozialistischen Arbeitsmarktes, im übrigen Land (vgl. Ge 1999: 53). Befristete Arbeitsverträge waren ebenso möglich wie die Entlassung unqualifizierter Arbeitnehmer in Krisenzeiten. Beides war auf dem sozialistischen Arbeitsmarkt, bei dem Arbeiter gegenüber dem Kollektiv ein Recht auf Arbeit hatten, nicht möglich. Für die Formen der Produktion in den SWZ, die insbesondere in den Anfangsjahren als eine „verlängerte Werkbank“ für Firmen aus Hongkong funktionierten und deren Auftragsproduktion vom Weltmarkt abhängig war, war Flexibilität besonders wichtig. Zudem wurden die Löhne vom

¹¹ Zunächst hießen diese von 1979 bis 1980 Exportsonderzonen (*special export zones*), was noch auf den relativ beschränkten ursprünglichen Reformansatz hinweist.

¹² Zur Geschichte der SWZ siehe Park (1997: 3-7), sowie Lu und Tang (1997: 36-52).

¹³ Damit wurden die SWZ unabhängiger von der zentralen Planung.

¹⁴ Die Einkommenssteuer beträgt 15 Prozent in den SEZ versus 24 Prozent in den Küstenprovinzen, die Steuerbefreiung betrug zwischen eineinhalb Jahren (1980-1983 in den SWZ) bis zu fünf Jahren (in Hainan SWZ seit 1988) ab dem ersten profitablen Jahr. Einen genaueren Überblick siehe bei Kundra (2000: 154-157).

¹⁵ 1984 bezeichnete Deng Xiaoping die SEZ als „Fenster“ zu Technologie, modernem Management, Wissen und zur stärkeren Integration in die Weltwirtschaft.

Markt bestimmt und damit Lohnspreizungen zwischen Sektoren und Firmen ermöglicht.¹⁶

Auch die Preisbildung auf Gütermärkten wurde mehr und mehr vom Markt bestimmt. Während 1979 nur etwa 15 Prozent der Preise in den SWZ marktlich zustande kamen, waren es 1984 schon 80 Prozent und 1988 über 91 Prozent. Dazu kamen knapp sieben Prozent „liquide Preise“, die innerhalb einer staatlich gesetzten Bandbreite fluktuierten, sowie nur knapp zwei Prozent staatliche Festpreise (vgl. Park 1997: 17-20).

Im Gegensatz zu den EVZ der sechziger und siebziger Jahre in anderen Ländern war die Bereitstellung von Infrastruktur in den SWZ in China nicht auf die Erschließung der Industriezonen beschränkt. Die SWZ entwickelten zusätzlich unterstützende Infrastruktur wie Wohnungsbau, Flughäfen, Straßen und Häfen, Telekommunikation, Elektrizität und Transportwesen. Gleichzeitig umfassten die geförderten Sektoren auch die Landwirtschaft, den Handel, die Entwicklung des Finanzsektors (wie etwa die Eröffnung der ersten Börse in Shenzhen) sowie den Dienstleistungs- und Tourismussektor. Damit sollte eine Entwicklung wie in den EVZ verhindert werden, deren einziger komparativer Vorteil die niedrigen Arbeitskosten bei gering qualifizierter Arbeit war. Die EVZ konnten ausschließlich arbeitsintensive Produktionsprozesse mit geringem Technologiestand anziehen, von denen keine positiven Rückwirkungen auf das Hinterland ausgingen.

Die Sonderwirtschaftszonen wurden neben der Exportorientierung auch mehr und mehr Vorreiter für ordnungspolitische Reformen. Im Juli 1984 sah das neue wirtschaftspolitische Konzept von Shenzhen „eine kleinere Regierung und eine größere Gesellschaft“ vor, d.h. mehr Freiraum für privatwirtschaftliche Entscheidungen. 1984 wurden auch 14 Küstenstädte, meistens frühere Vertragshäfen, zu „offenen Städten“ erklärt, die ähnlich wie die SWZ besondere Vergünstigungen bei ausländischen Investitionen anboten. Insbesondere wurden dort so genannte „Wirtschafts- und Technologieentwicklungszonen“ (Economic and Technological Development Zone – ETDZ) eingerichtet. Diese waren kleiner als die SEZ und dienten insbesondere dazu, ausländische Investitionen im Bereich der Hochtechnologie anzuziehen, die dann positive technologische und Managementeffekte auf die vorhandenen, staatlichen Betriebe ausstrahlen sollten.¹⁷

Während konservative Kräfte in der Kommunistischen Partei Chinas mehrfach und besonders nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 in Peking das Ende der SWZ forderten, konnten sich die Reformpolitiker durchsetzen und das

¹⁶ Zur Reform des Wohlfahrtssystems in China vgl. Leung (1994) sowie zur Rigidität der Arbeitsmärkte Hu (1994).

¹⁷ Diese ETDZ lassen sich nochmals in verschiedene Formen einteilen: ETDZ mit Schwerpunkt Finanz- und Handelsdienstleistungen, solche mit Schwerpunkt industrielle Entwicklung, exportorientierte ETDZ, Hochtechnologiezonen und multifunktionale Zonen; vgl. Kundra (2000: 152).

Konzept der SWZ auf neue Gebiete ausdehnen.¹⁸ 1990 wurde in Pudong bei Shanghai eine „Offene Wirtschaftszone“ (Open Economic Zone) geschaffen, die besonders der Anwerbung von Finanzdienstleistung dienen sollte.¹⁹ 1991 wurden zehn inländische Städte für offen erklärt und sechs Entwicklungszonen entlang des Jangtse-Flusses bestimmt. 1992 wurden die SEZ teilweise autonom in Bezug auf die Wirtschaftsgesetzgebung, beispielsweise bei der Genehmigung ausländischer Direktinvestitionen, bei der Lohn- und Preispolitik oder bei der Steuerpolitik.

Die Entwicklung der SWZ in China lässt sich in vier verschiedene Phasen einteilen. In der ersten Phase, die etwa von 1979 bis 1984 dauerte, wurden die legalen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für die Einrichtung der SWZ geschaffen. In der zweiten Phase (etwa bis 1990) waren die SWZ durch einen relativ geringen Kapitalzufluss und durch einen hohen Anteil an Investitionen in arbeitsintensiven Branchen mit niedriger Technologieintensität gekennzeichnet. Die meisten Investitionen kamen aus Hongkong, wobei ein Teil dieses Kapitals auf Umwegen aus dem chinesischen Mutterland kam. Ein geringerer Teil kam aus Taiwan, ein sehr kleiner Anteil aus dem übrigen Ausland. Danach stieg bis zur Asienkrise von 1997 der Anteil ausländischer Investitionen rasant an. In Shenzhen, der erfolgreichsten SWZ, waren etwa 1997 51 der 500 weltweit größten multinationalen Unternehmen vertreten und 11 der 50 größten.

In den letzten Jahren kommt es zunehmend zu einer Umorientierung der SWZ aus drei Gründen. Erstens hängt dies mit der wachsenden Zahl von SWZ und der sonstigen offenen Zonen zusammen, wie aus Tabelle 1 ersichtlich wird.

Dabei verschieben sich die SWZ und sonstigen offenen Zonen, die zunächst in den Küstenregionen konzentriert waren, geografisch weiter ins Hinterland, bis an die chinesisch-mongolische und chinesisch-russische Grenze. Dadurch gehen einige der Vorteile der bisherigen SWZ verloren, nämlich die günstige Transportsituation und die Nähe zu den kapitalkräftigen Auslandschinesen. Aber auch die fehlende Kaufkraft des ärmeren Hinterlandes sowie die fehlende Bereitschaft zu marktwirtschaftlichen Reformen in den noch stark vom staatlichen Sektor geprägten Provinzen Westchinas machen die im Inland liegenden SWZ weniger erfolgreich (siehe Zhu 1998). Zweitens führt die zunehmende Liberalisierung des restlichen China dazu, dass die SWZ ihre Exklusivität verlieren. Gleichzeitig werden die Privilegien der SWZ, etwa die Planungsautonomie, die Steuerbefreiungen sowie die Bevorzugung bei der Infrastrukturerstellung, zunehmend von den Wettbewerbern in Frage gestellt.

¹⁸ In der Zeit von 1985 und 1986 wurde insbesondere die fiskalische Belastung durch die Bereitstellung von Infrastruktur in einer Zeit hoher Inflationsraten und der Überhitzung der Wirtschaft kritisiert; vgl. Ge (1996: 63) und Wu (1999: 15). 1989 war die Ablehnung der Liberalisierung in den SEZ im Zuge der Unterdrückung der Studentendemonstrationen grundlegend und von politischen Gründen geprägt.

¹⁹ Als Finanzzentrum wurde Pudong neben Shenzhen die zweite äußerst erfolgreiche SWZ (vgl. Zhang und Zhang 1995; Zou et al. 1996). Das schnelle Wachstum von Pudong ist ein Beispiel für die wichtige Rolle einer strategisch günstigen geografischen Position und guter Beziehungen zwischen SWZ und Wirtschaft und Administration des Hinterlandes.

Drittens hat sich die Kostenstruktur zuungunsten der SWZ verändert, insbesondere bei den Löhnen sowie bei den Preisen für Land. In Shenzhen etwa hat sich die Bevölkerung (inklusive der Wanderarbeiter, die fast die Hälfte der regulären Wohnbevölkerung ausmachen) in 20 Jahren versechsfacht, was zusammen mit der industriellen Expansion zu einem entsprechenden Druck auf den Immobilienmarkt geführt hat. Zwar wurde die Fläche der vier ersten SWZ in den achtziger Jahren oder Anfang der neunziger Jahre vergrößert, doch war diese Vergrößerung nicht ausreichend, und für viele Unternehmen wurde die Gesamtkostenkombination im Umland günstiger.²⁰

Tabelle 1: Offene Wirtschaftszonen in China 1997

Name	Gründungsjahr	Ziele
1. 5 Sonderwirtschaftszonen	1980 (Shenzhen, Zhuhai, Shantou, Xiamen) 1988 (Hainan)	Exportwachstum; Anwerbung ausländischen Kapitals; Devisenbeschaffung
2. Pudong New Area	1990	Insbesondere Entwicklung von Finanzdienstleistungen
3. 33 Wirtschafts- und Technologieentwicklungszonen	1984, 1992 und 1994	Insbesondere Anwerbung von Investitionen im Hochtechnologiebereich sowie Technologietransfer
4. 14 offene Küstenstädte	1984	Anwerbung ausländischen Kapitals, Erprobung marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen
5. 7 offene Küstenregionen	1985, 1988, 1990 und 1992	Wie 4.
6. 24 offene Inlandsstädte	1992	Wie 4.
7. 13 offene Grenzstädte	1992	Wie 4., insbesondere auch grenzüberschreitende wirtschaftliche Integration
8. 13 Grenzregionen für Wirtschaftliche Kooperation	1992	Wie 7.
9. 52 Hochtechnologie-Entwicklungszonen	1991 und 1992	Wie 3.
10. 11 staatliche Tourismusregionen	1992	Insbesondere Förderung der Tourismusindustrie

Quelle: Lu und Tang (1997 : 42-43).

²⁰ Vgl. zur Vergrößerung der SWZ Lu und Tang (1997: 40).

4 Ein Vergleich der SWZ in China und Nordkorea

Die ökonomische Analyse der SWZ kann einerseits die Frage nach der Erreichung der politisch formulierten Ziele (Effektivität) umfassen, andererseits aber auch die Frage, ob diese Ziele besser anders, etwa durch eine umfassende Liberalisierung der Wirtschaft, erreicht werden könnten (Effizienz). Dabei müssen die direkten Wirkungen, die von den SWZ ausgehen, sowie deren indirekte Wirkungen durch die Veränderung des institutionellen Umfelds sowie der Wettbewerbsstruktur erfasst werden. Zudem ist die Interdependenz des wirtschaftlichen und des politischen Systems zu beachten. Die Ziele der SWZ waren die Anwerbung ausländischen Kapitals, die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Zufluss von Devisen sowie der Transfer von Technologie und Managementtechniken.

China erreichte in den 20 Jahren von 1980 bis 2000 hohe Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts und der Exporte, einen vervierfachen Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt und hohe Wachstumsraten bei den Währungsreserven. In absoluten Werten war die Industrieproduktion mehr als siebenmal größer, und der Handel hat sich mehr als vervierzehnfacht. Dies ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Erstens wuchsen Bruttoinlandsprodukt (BIP), Exporte und Währungsreserven schneller als im Weltmaßstab. Zweitens konnte China einen erfolgreichen Beginn der Wirtschaftstransformation von der Zentralverwaltungswirtschaft zu einer Mischwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen erreichen, der sich von den wirtschaftlichen Ergebnissen der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten sowie in der früheren Sowjetunion deutlich abhebt (vgl. Sung 1991). Selbst die Asienkrise mit ihren Auswirkungen auf die ganze Region konnte die Stabilität Chinas nicht erschüttern.²¹ Der Anteil, den die Sonderwirtschaftszonen am Export haben, ist, nach Kundra (2000: 173), bis 1990 mit gut sieben Prozent relativ gering geblieben, dann aber bis 1997 auf 23 Prozent angestiegen. 1997 entfielen rund 45 Prozent der Gesamtproduktion in den SWZ auf den Export, in der erfolgreichsten SWZ Shenzhen lag der Anteil allerdings mit 57 Prozent deutlich höher. Das Wachstum des BIP betrug in Shenzhen von 1980 bis 1994 fast 32 Prozent, das Wachstum der Industrieproduktion sogar 49 Prozent jährlich. Von 1994 an bis 1999 wuchs Shenzhen immerhin noch um 18,5 Prozent jährlich, was den deutlich überproportionalen Beitrag zum chinesischen Wachstum zeigt, das insgesamt nach offiziellen Zahlen im Zeitraum von 1978 bis 1995 9,4 Prozent betrug.²²

²¹ Dies gilt selbst, wenn man berücksichtigt, dass die offiziellen chinesischen Wachstumsraten wegen der immer noch vorhandenen zentralverwaltungswirtschaftlichen Anreizsysteme im staatlichen Sektor übertrieben sind. Zur Kontroverse um die offiziellen chinesischen Statistiken siehe Wu (1998).

²² Diese chinesischen Zahlen sind nicht unumstritten, da ein großer Teil des Wachstums sich nicht erklären lässt (siehe die Diskussion in Jha 2002: 91-101, sowie Wu 1998). Aber

Bei den ausländischen Direktinvestitionen konnte China seit Anfang der neunziger Jahre den ersten Rang unter den Entwicklungsländern einnehmen. Seit der Asienkrise nehmen insbesondere die Direktinvestitionen aus Europa und den USA zu, was auch ein Anzeichen für den Erfolg der Öffnungspolitik ist, wenn auch der überwiegende Teil der Investitionen immer noch aus Hongkong kommt.²³ Auch bei den ausländischen Direktinvestitionen stieg der Anteil der SWZ besonders seit den neunziger Jahren an. 40 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen flossen in die beiden Provinzen Guangdong und Fujian, in denen die SWZ liegen. Dabei kommt es zunehmend auch zu einer Verflechtung der SWZ mit dem Umland. Während absolut die ausländischen Direktinvestitionen in den SWZ noch wachsen, sinkt ihr relativer Anteil an den gesamten Direktinvestitionen, da zunehmend Investitionen im Hinterland getätigt werden. Beispielsweise betrug der Anteil Shenzhens an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen der Provinz Guangdong 1979 16,8 Prozent, stieg dann bis 1985 auf 35,8 Prozent an und sank danach bis 1994 auf 15,8 Prozent (siehe Wu 1999: 30). Bis 1995 stieg die Zahl der genehmigten Projekte in den SWZ auf 34.282 an. Dabei kam zunächst der größte Kapitalzufluss aus Hongkong, später auch aus Macau und Taiwan, danach aus Südkorea, Japan, den USA und Europa. Die Effekte der geografischen und kulturellen Nähe sind besonders an der regionalen Verteilung der Direktinvestitionen zu sehen: Während in Shenzhen bis 1989 etwa 85 Prozent der Direktinvestitionen aus Hongkong kamen, waren es in Shanghai nur 34,7 Prozent (vgl. Lo und Yeung 1996).

Das Ziel des Technologietransfers durch die SWZ wurde im ersten Jahrzehnt der SWZ-Entwicklung, als sich vor allem arbeitsintensive Industrien in den SWZ ansiedelten, verfehlt (vgl. Crane 1990; Kleinberg 1990). Mit dem steigenden Engagement multinationaler Firmen hat sich diese Situation allerdings geändert, und zurzeit besteht die Industrieproduktion von Shenzhen zum Beispiel zu über 35 Prozent aus Gütern des Hochtechnologiebereichs. Eine solche langfristige Entwicklung war auch zu erwarten, da zunächst sowohl die Bildung ausreichenden Humankapitals als auch die ordnungspolitischen Voraussetzungen für die Produktion höherwertiger Güter geschaffen werden mussten.²⁴ Insgesamt wuchsen die Hochtechnologieexporte Chinas von 1980 bis 1995 mit einer Rate von jährlich über 25 Prozent und wiesen damit die weltweit höchste Wachstumsrate auf (UNCTAD 1999: 195).

Wenn also die Ziele der SWZ als erreicht gelten können, kann man sich doch fragen, ob nicht eine Politik der landesweiten Liberalisierung dieselben oder noch

trotz möglicher, sogar starker Abweichungen bleibt es klar, dass die SWZ um ein Mehrfaches schneller wuchsen als der Rest des Landes.

²³ Der Kapitalzufluss aus Hongkong hatte im ersten Jahrzehnt der SWZ zu der Kritik geführt, dass ein Technologietransfer nicht stattfinden würde. Allerdings übersieht diese Kritik, dass gerade die Mobilisierung des auslandschinesischen Kapitals ein Eckpunkt der SWZ-Strategie war.

²⁴ Die Studie von Mody und Wang (1997) in sieben chinesischen Küstenregionen zeigt die engen Beziehungen von vorhandenem Humankapital, ausländischen Investitionen und Wachstum.

bessere Ergebnisse gebracht hätte. Dagegen sprechen allerdings zwei Aspekte der SWZ in ihrer geografisch begrenzten Form. Erstens hatten die SWZ den Vorteil, dass sie Investoren die Nutzung von *localization economies* und *urbanization economies* ermöglichten. Mit *localization economies* werden die Vorteile bezeichnet, die durch die Ansiedlung von Branchen am gleichen Ort entstehen, etwa die gemeinsame Nutzung von Infrastruktureinrichtungen. Mit *urbanization economies* werden die Skalenvorteile beschrieben, die durch die Verstädterung entstehen, etwa ein besseres Bildungsangebot. Im Fall der chinesischen Transformation von der Zentralverwaltungswirtschaft war die Konzentration der Reformpolitik auf geografisch begrenzte Räume deshalb eine Notwendigkeit, weil eine flächendeckende Bereitstellung der Infrastruktur nicht möglich gewesen wäre. Anfang der achtziger Jahre war das staatliche Budget wegen der notwendigen Subventionierung unprofitabler Betriebe im Staatssektor stark angespannt. Die Selbstfinanzierung von Infrastrukturprojekten durch die SWZ gelang erst Anfang der neunziger Jahre.

Allerdings sind die positiven Skaleneffekte der Ansiedlung und Verstädterung nicht unendlich, sondern sie werden negativ, wenn die Kostensteigerungen durch höhere Löhne in den SWZ, Überfüllungskosten (etwa im Transportwesen und bei den Immobilien) oder höhere Umweltbelastung die Kostenersparnisse übersteigen. Dafür gibt es seit etwa Mitte der neunziger Jahre Anzeichen: Zwei empirische Studien (Pan und Chi 1999; Cheng und Wu 2001) ergaben, dass ausländische Unternehmen außerhalb der SWZ inzwischen bessere Ergebnisse erzielen als in den SWZ.²⁵ Cheng und Wu (2001: 361) versuchen die besseren Ergebnisse außerhalb der SWZ mit Kostensteigerungen in den SWZ sowie mit der Diffusion von Vorteilen der SWZ wie Steuervorteilen, vereinfachter Bürokratie und aktiver Anwerbung von Investoren auch in andere Regionen zu erklären.

Neben das ökonomische Argument für die Einrichtung der SWZ traten für die chinesischen Reformpolitiker der achtziger Jahre auch politökonomische Erwägungen. Die Einrichtung von SWZ war mit einem geringeren politischen Risiko verbunden als eine völlige Liberalisierung, da sie eine bessere politische Kontrolle und notfalls – bei einer Bedrohung der Machtposition der Kommunistischen Partei Chinas – eher eine Rücknahme von Reformen erlaubt hätte (vgl. Tan, 1996: 509).²⁶ Die gleichzeitige Dezentralisierung wirtschaftlicher Planungsentscheidungen und später sogar die teilweise Dezentralisierung legislativer Aufgaben führte dann zu einem institutionellen Wettbewerb zwischen den SWZ, der später auf die Regionen über-

²⁵ Pan und Chi (1999) messen das Ergebnis an finanziellen Indikatoren und vergleichen die SWZ mit den schnell wachsenden zentralen Städten Peking, Shanghai und Tianjin. Cheng und Wu (2001) vergleichen Unternehmen aus den SWZ mit Unternehmen des Perlflossdeltas in der Provinz Guangdong, die in direkter Nähe zu Hongkong geografisch mit den SWZ konkurrieren.

²⁶ Sie konnte zudem ideologisch im Sinne von Lenins Neuer Ökonomischer Politik als temporäre und begrenzte Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien begründet und damit in der Kommunistischen Partei durchgesetzt werden.

griff und bis heute zu einem Kennzeichen des chinesischen Transformationsprozesses geworden ist (vgl. Herrmann-Pillath 2000). Die SWZ haben damit nicht nur eine Funktion im Bereich der industriellen Entwicklung Chinas, sondern besonders bei der institutionellen Entwicklung. Sie haben beispielsweise als erste Regionen Chinas mit der Privatisierung von Wohneigentum begonnen. Der institutionelle Wettbewerb der Regionen bietet die Möglichkeit, neue institutionelle Arrangements auszuprobieren (Entdeckungsfunktion des institutionellen Wettbewerbs), sowie durch die Anwerbung von Kapital auch Anreize für Mitwerber zu geben, selbst solche Reformen durchzuführen (Kontrollfunktion des institutionellen Wettbewerbs).²⁷

Dabei besteht ein Zusammenhang des bisherigen Transformationserfolgs mit weiteren Transformationsschritten, wie er in der transformationstheoretischen Literatur mit einer graduellen Transformationsstrategie verbunden wird: Die erfolgreiche Durchführung von Reformen erhöht die Zustimmung zu weiteren Reformen und kann gleichzeitig die sozialen Kosten der Transformation senken, da der notwendige Anpassungsprozess im noch staatlichen Sektor über eine längere Zeit gestreckt werden kann und gleichzeitig der Staat in der Lage ist, Seitenzahlungen an Verlierer des Transformationsprozesses (etwa in Form von Subventionen für Staatsbetriebe) zu leisten (Dewatripont und Roland 1992; Jens 1993).²⁸ In den mittel- und osteuropäischen Staaten ist diese Strategie allerdings weitgehend gescheitert, da die Staaten mit einer graduellen Transformationsstrategie von Verteilungskoalitionen blockiert wurden, die versuchten, jede der Reformen, die einen negativen Einfluss auf den Verteilungsanteil ihrer Mitglieder hatte, zu unterbinden. Deshalb sind die graduellen Transformationsstrategien gescheitert, und die Staaten, die zunächst keine Schocktherapie bei der institutionellen Transformation angewandt haben, sind entweder später zu entschlosseneren Reformen übergegangen (etwa Ungarn) oder weisen heute weit schlechtere Ergebnisse auf als Staaten mit einer Schocktherapie.

In China stellte sich die Situation allerdings anders dar (vgl. Schüller 1998: 278-280): Erstens waren die Reformen nie als eine umfassende Transformation von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft gedacht. Deshalb bekräftigte China auch seit 1991, eine „sozialistische Marktwirtschaft“ anzustreben, die einen chinesischen Sonderweg darstellen soll. Innerhalb der „sozialistischen Marktwirtschaft“ boten die SWZ die Vorteile einer besseren politischen Kontrolle und ideologischen Vereinbarkeit. Dazu kommt zweitens, dass China keine politische Transformation plant, sondern die Kontrolle durch die Kommunistische Partei Chinas oberstes Ziel der Reformen bleibt (vgl. Takahashi und Wu 1992). Dennoch wollte

²⁷ Zur Theorie des institutionellen Wettbewerbs siehe Seliger (1998).

²⁸ Die Zustimmung zum Reformprozess wird durch die erhöhten Einkommen ermöglicht, die durch erfolgreiche Transformation entstehen. So haben sich in der SWZ Shenzhen von 1978 bis 1979 die Durchschnittslöhne in der Industrie um 580 Prozent und in der Landwirtschaft um 650 Prozent erhöht, und gleichzeitig war die Versorgung mit langlebigen Konsumgütern deutlich besser als in anderen chinesischen Regionen (vgl. Park 1997: 62-63).

China auf die Ausnutzung komparativer Vorteile durch geringe Arbeitskosten nicht verzichten. Diese waren aber innerhalb der Zentralverwaltungswirtschaft nicht möglich. Die SWZ in China stellten also einen Kompromiss zwischen politischen und ökonomischen Zielen dar.

In Nordkorea sind die Erwartungen an die SWZ ähnlich wie in China.²⁹ Allerdings gibt es eine Reihe von Unterschieden in der Ausgestaltung der SWZ, die eine ähnliche Entwicklung fraglich machen. Erstens scheinen hier die Erträge der SWZ wesentlich kurzfristiger erwartet zu werden – während China erst nach einer fast zehnjährigen Take-off-Phase den vollen Nutzen aus den SWZ zog, wird für Gae-seong geplant, dass innerhalb der ersten zehn Jahre die volle Kapazität erreicht wird. Gerade angesichts der politischen Unsicherheit, die Nordkoreas Wirtschaftsreformen begleiten, aber auch angesichts der bürokratischen Hemmnisse, die jede Investition in Nordkorea verzögern, erscheint dies unrealistisch.

Zweitens scheint die ökonomische Rationalität, die hinter den SWZ steht, in beiden Fällen unterschiedlich zu sein: In China wurden SWZ speziell darauf ausgerichtet, insbesondere mit Bezug auf den Arbeitsmarkt flexiblere Bedingungen zu bieten als im übrigen Land, wo das System der „eisernen Reisschüssel“, d.h. umfassender firmengebundener Sozialleistungen wie Wohnungsbau, Kindergärten, Pensionsleistungen und Kündigungsschutz, ausländische Investitionen am Anfang weit aus weniger attraktiv machten. Erst später, durch das schnelle Wachstum und die hohe Produktivität in den SWZ, wurden die Löhne erhöht, um neue und höher qualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben, und die soziale Infrastruktur der Region wurde ausgebaut.³⁰ Nordkorea scheint dagegen davon auszugehen, dass sofort mit Beginn der SWZ eine deutliche Verbesserung der Lage der dortigen Arbeitskräfte im Vergleich zum übrigen Land entstehen wird. Obwohl angesichts der desolaten Lage in Nordkorea tatsächlich eine Verbesserung zu erwarten ist, sind die Vorstellungen Nordkoreas wenig attraktiv für Investoren: Die offiziell genannten Arbeitskosten sollen monatlich durchschnittlich 80-100 US\$ betragen. In Vietnam, einem anderen ehemals sozialistischen Land mit einer neuen Marktwirtschaft, betragen die Kosten nur 50-60 US\$, in China – je nach Region – 50-100 US\$ im Durchschnitt. Da

²⁹ Vgl. aber die Diskussion im letzten Abschnitt über die dahinterstehende Zielsetzung des Regimes.

³⁰ Dies geschah durchaus mit Erfolg: Shenzhen bekam als erste Region Chinas überhaupt einen Preis für Stadtplanung durch die Internationale Architektenvereinigung. Die Liberalisierungspolitik in den SWZ und die Spezialisierung auf arbeitsintensive Prozesse besonders in den Anfangsphasen der SWZ ließ Kritiker von „Dickens'schem Kapitalismus“ sprechen, der durch instabile Arbeitsverhältnisse besonders weiblicher Arbeitnehmer, größere Ungleichheit, geringe soziale Absicherung zum Beispiel der Wanderarbeiter und hohe Umweltbelastung gekennzeichnet sei. Die Entwicklung der SWZ hat allerdings gezeigt, dass dies eher Anfangsschwierigkeiten waren und dass die hohen Wachstumsraten von Bruttoinlandsprodukt und Exporten auch in steigenden Löhnen, steigender Ausstattung mit Konsumgütern, höherwertigem Wohnraum und besserem Schutz vor Umweltbelastungen verbunden waren.

gleichzeitig sowohl Vietnam als auch China inzwischen weitaus sicherere Rahmenbedingungen für Investoren bieten, ist es fraglich, ob Gaeseong oder Sinuiju tatsächlich die erwarteten Investitionen anwerben können, selbst wenn man den Patriotismus, der manche Investitionen motiviert, mit einrechnet.

Genauso wichtig wie das Problem der Arbeitskosten ist die institutionelle Ausgestaltung des Arbeitsmarktes: Während in China die Anwerbung und Entlassung der Arbeitskräfte in den SWZ allein eine Sache der Unternehmen ist, ist bisher beim Kommissionshandel in Nordkorea eine Zustimmung der lokalen Behörden dazu notwendig. Dies macht nicht nur das Personalmanagement weniger flexibel, sondern führt auch dazu, dass Behörden lokale, aber nicht unbedingt die besten Arbeitskräfte anbieten. Um qualifizierte Arbeitskräfte bereitzustellen, wurde in Sinuiju angeblich schon vor mehreren Jahren ein großes Umsiedlungsprogramm begonnen (siehe *Korea Herald* 2002d).³¹ Aber wichtiger als Umsiedlung ist die freie Auswahl der Arbeitskräfte durch die Firmen. Auch die Regelung der Arbeitsbeziehungen, die in Nordkorea bisher durch staatliche Befehlsstrukturen erfolgte, ist unklar und wird als mögliches Investitionshindernis gesehen (*Joong Ang Ilbo* 2003).³²

Ein ähnlicher Unterschied in den Erwartungen bezüglich der SWZ ergibt sich in Bezug auf die Infrastruktur. In China wurden Infrastrukturinvestitionen als Voraussetzung angesehen, um Investitionen anziehen zu können. Die gute Ausstattung mit Transportinfrastruktur und später auch Kommunikationsinfrastruktur wurde geradezu zum Markenzeichen der chinesischen SWZ im Vergleich zu den EPZ in anderen Staaten. Nordkorea dagegen erwartet, dass Steuererleichterungen, Zollfreiheit und Exklusivrechte (im Fall von Hyundai Asan) ausreichen, um die Firmen zu den nötigen Infrastrukturinvestitionen zu bewegen. Dementsprechend rechnet das Korea Development Institute mit hohen Erschließungskosten, die in Gaeseong zum Beispiel 300.000 Won pro pyong (3,3 m²) betragen, im nahe gelegenen chinesischen Shenyang dagegen nur 82.000 Won und in Tianjin sogar nur 69.000 Won. Da gleichzeitig auch wegen ökonomischer Sanktionen oder fehlender Handelsverträge mit dem Ausland die Zollschränken für nordkoreanische Produkte wesentlich höher sind als für die aus China, rechnet das KDI deshalb mit einem möglichen Scheitern der Industrieentwicklung in Gaeseong (siehe *Korea Herald* 2002c).

Die Problematik der hohen Erschließungskosten, die eine rentable Investition in den nordkoreanischen SWZ schwierig macht, wird offensichtlich auch von Hyundai Asan, dem bei der Planung auf südkoreanischer Seite ausschließlichen Unterneh-

³¹ Nach Angaben eines Journalisten wurden bereits seit 1997 20.000 Menschen, die gegenüber dem Regime von Kim Jong-il möglicherweise nicht loyal seien, umgesiedelt. In Sinuiju, wo mit 700.000 Menschen etwa drei Prozent der nordkoreanischen Bevölkerung leben, sollten nach Angaben des zunächst designierten Gouverneurs Yang Bin bis zu 200.000 Menschen umgesiedelt werden und dafür 500.000 neue Arbeitskräfte in die Enklave geholt werden.

³² Beispielsweise hatte es zu Beginn des Baus der Leichtwasserreaktoren im Rahmen der KEDO einen Streik gegeben, der nur durch staatlichen, nordkoreanischen Befehl beendet wurde.

men, so erkannt: Deshalb hat Hyundai Asan auch nach der achten interministeriellen Gesprächsrunde im Oktober 2002 Nordkorea einen Plan vorgelegt, nach dem Hyundai Asan zusammen mit der staatlichen Korea Land Development Corporation (KOLAND) die Erschließung und das Management des ersten Abschnitts der Zone Gaeseong vorgeschlagen hat. Nordkorea hat nach Presseberichten dem zugestimmt (vgl. *Chosun Ilbo* 2002). Nach diesen Berichten soll KOLAND die notwendige Investitionssumme für die Erschließungskosten aufbringen, aber Hyundai Asan die erschlossenen Industriegebiete an Endinvestoren vermarkten. Praktisch würde dies einer weiteren südkoreanischen Subvention der Hyundai Asan entsprechen, die schon durch Millionensummen beim Geumgangs-Projekt unterstützt wurde.

Die Schwierigkeiten für die Zone Gaeseong sind also sehr groß. Für Sinuiju gibt es bisher überhaupt noch keine ausgereiften Investitionspläne, die dortige SWZ wird vielfach schon jetzt als demselben Schicksal wie Rajin-Sonbeong geweiht angesehen. So ist es nicht verwunderlich, dass bei einer Umfrage der Korea Chamber of Commerce and Industry unter den 100 größten Firmen Südkoreas fast neunzig Prozent Investitionen in Nordkorea für verfrüht halten. Insgesamt sind von den 100 Firmen immerhin elf schon in Nordkorea in irgendeiner Weise wirtschaftlich tätig, und weitere elf planen möglicherweise in den kommenden Jahren Investitionen. Allerdings halten nur 21 Firmen Nordkorea für ein interessantes Investitionsziel, während sechzig Prozent China vorziehen. Innerhalb Nordkoreas wiederum liegt Gaeseong mit über fünfzig Prozent klar an erster Stelle der Investorenwünsche, gefolgt von Pyongyang und – weit abgeschlagen – Sinuiju (vgl. *Korea Herald* 2002e). Da hier nur nach unverbindlichen Investitionsplänen gefragt wurde, kann man schließen, dass in Südkorea zumindest keine ausgeprägte Neigung besteht, in den nordkoreanischen SWZ zu investieren. Internationale Investitionen werden aber noch schwieriger zu erreichen sein. Das Moment des Patriotismus fällt hier weg, und die Schwierigkeiten im Umgang mit Nordkorea sind für internationale Investoren noch weitaus größer, vielleicht mit Ausnahme chinesischer Investitionen, die einmal in Sinuiju angesiedelt werden könnten.

Insgesamt gesehen sind also die Aussichten, mit Hilfe der SWZ zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung zu kommen, eher gering. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass sich China als Binnenmarkt völlig anders darstellt als Nordkorea: Für die chinesischen SWZ war der Binnenmarkt gerade am Anfang, als die Exportqualität der Produktion noch nicht immer gewährleistet war, oder in Phasen weltwirtschaftlicher Schwäche stets ein wichtiger Ausgleich. Dieser Ausgleich fällt in Nordkorea weg, da es keinen nennenswerten Binnenmarkt gibt. Auch das Kalkül, durch eine Investition in die SWZ eine spätere Durchdringung des Marktes zu erreichen, ist für Nordkorea nur sehr bedingt gegeben, da der Markt von ca. 22 Millionen Menschen mit derzeit praktisch nicht vorhandener Kaufkraft nicht interessant genug erscheint. Auch aus diesem Grund wäre es illusorisch, eine ähnliche Entwicklung der nordkoreanischen SWZ wie die der chinesischen SWZ zu erwarten. Dazu kommt noch, dass in den achtziger Jahren, als die SWZ in China ihren Aufschwung nahmen, die weltweiten Investitionsmöglichkeiten weitaus begrenzter waren als heute. In den letzten zwei Dekaden haben mehr als hundert Staaten ihr Investitions-

regime geändert, was natürlich auch Auswirkungen auf die relative Attraktivität von SWZ hat.

5 Ausblick

Wie die obige Diskussion zeigt, sind die Aussichten auf eine grundlegende Öffnung der Wirtschaft durch die nordkoreanischen SWZ ebenso wenig begründet wie die auf eine schnelle Lösung der Misere der nordkoreanischen Wirtschaft. Allerdings ist das auch nicht das erklärte Ziel der Wirtschaftsreformen, vielmehr geht es um das Überleben des nordkoreanischen Regimes oder, wie Magid (1999) formulierte, um „changing in order to stand still“. Mit dem bisher bekannten institutionellen Rahmen der SWZ in Nordkorea ist es allerdings fraglich, ob selbst dieses bescheidene Ziel, Überleben des Regimes, durch die SWZ erreicht werden kann. Erste Voraussetzung dafür ist, dass Südkorea die Bürde der Anfangsinvestitionen trägt, um die wenig attraktiven SWZ für südkoreanische und eventuell ausländische Unternehmen akzeptabel zu machen. In Geumgangsán ist dies durch das Engagement der Korean National Tourism Organization schon geschehen.³³ In Gaeseong könnte die KOLAND eine ähnliche Rolle als Subventionsgeber spielen. Damit würden allerdings die SWZ nur sehr bedingt die Rolle eines ordnungspolitischen Ausnahmebereichs von der sozialistischen Wirtschaftsordnung spielen, der einen wirtschaftlichen Aufholprozess erlaubt. Ihre zweite, ebenso wichtige Rolle wäre dann das Instrument der Subventionierung Nordkoreas durch Südkorea. Ob Südkorea, das dadurch den Regimeerhalt in Nordkorea fördern würde, überhaupt ein Interesse daran hat, ist unklar. Die jetzige Regierung scheint dies deutlich einem befürchteten Zusammenbruch Nordkoreas vorzuziehen. Selbst diese Funktion der SWZ ist natürlich nur dann möglich, wenn zunächst die in den letzten Monaten auftretenden politischen Probleme, insbesondere die Nuklearkrise, gelöst werden. Das ist die *Conditio sine qua non* jeder langfristigen Investitionspläne in Nordkorea.

Selbst, wenn die SWZ keinen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung Nordkoreas leisten können, weil das institutionelle Rahmenwerk dafür nicht ausreicht, wäre auch bei einem Misserfolg ein Beitrag zum Regimewechsel durch die SWZ möglich. Denn ein solches Scheitern würde für Nordkorea nur noch eine Alternative lassen – eine grundlegende ordnungspolitische Reform hin zur Marktwirtschaft für das ganze Land.

Literatur

An, Mark Y., Wei Li und Dennis T. Yang (2001), *China's great leap: forward or backward? Anatomy of a central planning disaster*, Discussion paper 2824, London: Centre for Economic Policy Research

³³ Damit ist allerdings noch nicht gesagt, ob die Subventionen tatsächlich ausreichen, um dauerhaft das wirtschaftliche Überleben des Geumgangsán-Projektes zu gewährleisten.

- Bucknall, Kevin B. (1989), *China and the Open Door Policy*, Sydney: Allen & Unwin
- Center for Nonproliferation Studies (1998), „The DPRK Report“, 11 (January/ February 1998), <http://cns.miiis.edu/pubs/dprkrprt/98janfeb.htm>
- Cheng, Leonard K. und Changqi Wu (2001), „Determinants of Performance of Foreign Invested Enterprises in China“, in: *Journal of Comparative Economics* 29, S.347-365
- Cho, Seong-Kyu (1999), „The Effects of Mt. Kumkang Tour Business on the National and Local Economy“, in: *The Economic of Korean Reunification* 4, 2, S.154-168
- Choi, Sung (1998), „The Kim Dae-Jung Administration's Reunification Policy“, in: *The Economics of Korean Reunification* 3, 1, S.24-34
- Chosun Ilbo (2002), „KOLAND to Fund Hyundai-Asan's Kaesong Development“, 6. November 2002, <http://english.chosun.com/w21data/html/news/200211/200211060042.html>
- Crane, George T. (1990), *The Political Economy of China's Special Economic Zones*, Armonk: Sharpe
- Dewatripont, M. and G. Roland (1992), „The Virtues of Gradualism and Legitimacy in the Transition to a Market Economy“, in: *The Economic Journal* 102, March, S.291-300
- Digital Chosun (2002), „North Korean Deputy Trade Minister Executed“, 10. Januar 2002, <http://english.chosun.com/w21data/html/news/200201/200201100204.html>
- Ge, Wei (1999), *Special Economic Zones and the Economic Transition in China*, Singapore: World Scientific
- Herrmann-Pillath, Carsten (2000), „Regierungswettbewerb als analytisches Paradigma einer Theorie der Systemtransformation großer Länder“, in: H.G. Nutzinger (2000), *Osterweiterung Transformationskrisen*, Berlin: Duncker & Humblot, S.213-254
- Hu, Zu-Liu (1994), *Social protection, labor market rigidity, and enterprise restructuring in China*, IMF paper on policy analysis and assessment No.94-22, Washington, D.C.: International Monetary Fund
- International Monetary Fund (2001), *International Financial Statistics*, October, Washington, D.C.: International Monetary Fund
- Jha, Prem Shankar (2002), *The Perilous Road to the Market*, London: Pluto Press
- Jens, Uwe (1993), „Schocktherapie oder Gradualismus? Zur Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft“, in: *Wirtschaftsdienst* 73, 3, S.158-164
- Joong Ang Ilbo (2003), „South Koreans skeptical on Gaeseong complex“, 30. März 2003, <http://english.joins.com/nk/article.asp?aid=20021114172703&sid=F00>
- Kleinberg, Robert (1990), *China's „Opening“ to the Outside World: The Experiment with Foreign Capitalism*, Boulder: Westview Press
- Korea Herald (2002a), „N.K. industrial park seen to offer \$72 billion in economic benefits“, 9. Oktober 2002, S.10
- Korea Herald (2002b), „Economic benefits of Gaeseong complex estimated at W 8.2 trillion“, 16. Oktober 2002, S.11

- Korea Herald* (2002c), „Gaesong industrial complex may fail due to high settlement, labor cost: KDI“, 5. Dezember 2002, S.11
- Korea Herald* (2002d), „Forced migration seen as key to Sinuiju free trade zone“, 28. September 2002, S.1
- Korea Herald* (2002e), „Nearly 90 percent of companies view investment in N.K. as premature“, 18. Oktober 2002, S.13
- Korea Herald* (2003), „Survey shows 174 textile firms interested in N.K.’s Gaesong“, 14. Februar 2003, S.13
- Kundra, Ashok (2000), *The Performances of India’s Export Zones, A Comparison with the Chinese Approach*, New Delhi: Sage
- Kwan, Yum-Keum und Gregory C. Chow (1995), *Estimating economic effects of the great leap forward and the cultural revolution in China*, Discussion Paper 95-105, Tilburg: Center for Economic Research
- Leung, Joe C.B. (1994), „Dismantling the „Iron Rice Bowl“: Welfare Reforms in the People’s Republic of China“, in: *Journal of Social Policy* 23, 3, S.341-361
- Lo, Fu-Chen und Yue-Man Yeung (1997), *Emerging World Cities in Asia-Pacific*, New York: United Nations University Press
- Lu, Ding und Tang, Zhimin (1997), *State Intervention and Business in China*, Cheltenham: Edward Elgar
- Magid, Alvin (1999), „Changing in Order to Stand Still: The Case of Survivalist North Korea“, in: *International Journal of Korean Unification Studies* 8, S.201-223
- Mody, Ashoka und Fang-Yi Wang (1997), „Explaining industrial growth in coastal China: economic reforms ... and what else?“, in: *World Bank Economic Review* 11, 2, S.293-325
- MOFTEC (Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation) (1998), *Situation of Export to Different Countries and Regions*, 1998, 1-12, http://www.moftec.gov.cn/moftec/official/html/statistics_data/e98-01-121.htm
- Namkoong, Young (1995), „An Analysis of North Korea’s Policy to Attract Foreign Capital“, in: *Korea and World Affairs* 18, S.459-481
- Namkoong, Young (1999), „North Korean External Economic Policies and Inter-Korean Economic Cooperation“, in: *International Area Review* 2, 2, S.69-91
- Pan, Yigang und Peter S.K. Chi (1999), „Financial Performance and Survival of Multinational Corporations in China“, in: *Strategic Management Journal* 20, 4, S.359-374
- Park, Jung-Dong (1996), „The State and Prospects of the Rajin-Sonbong Free Economic and Trade Zone in the Democratic People’s Republic of Korea (DPRK)“, in: *The Economics of Korean Unification* 1, 1, S.12-17
- Park, Jung-Dong (1997a), „The Consequences of the Rajin-Sunbong Region’s Market Economy on North Korea’s Economic Structure: A Comparison with China’s Economic Free Zone“, in: *The Economics of Korean Reunification* 2, 3-4, S.114-123
- Park, Jung-Dong (1997b), *The Special Economic Zones of China and Their Impact on Its Economic Development*, Westport: Praeger

- People's Daily Online* (2000), „China to Build Special Economic Zones Along Northern Border“, 9. Oktober 2000, http://english.peopledaily.com.cn/200010/09/eng20001009_52136.html
- Ryan, Peter F. (1985), „Successes and failures in industrial export processing zone development“, in: *The Journal of the Flagstaff Institute* 9, 1, S.60-67
- Schüller, Margot (1998), „Reform und Öffnung: Der chinesische Weg zur Marktwirtschaft“, in: C. Herrmann-Pillath und M. Lackner (Hrsg.), *Länderbericht China*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.278-301
- Seliger, Bernhard (1998), „Grundzüge einer Theorie des Systemwettbewerbs“, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 27, 5, S.263-266
- Seliger, Bernhard (2000), „Vor dem Nordkorea-Boom? Anmerkungen zum interkoreanischen Gipfeltreffen aus ordnungspolitischer Sicht“, in: *Koreaforum*, 10, 1-2, S.13-16
- Shoosmith, Dennis (Hrsg.) (1986), *Export Processing Zones in Five Countries: The Economic and Human Consequences*, Hong Kong: Asia Partnership for Human Development
- Sung, Yun-Wing (1991), *Explaining China's Export Drive: The Only Success Among Command Economies*, Hong Kong: Hong Kong Institute of Asia Pacific Studies
- Takahasi, Susumu und Jun-Hua Wu (1992), „Chinese Economic Reform: A Novel Approach Based on the Separation of Economic Reform and Politics“, in: *Japan Research Quarterly* 1, S.49-82
- Tan, Kim Song (1996), „Free Trade Zones and Industrial Development“, in: Anthony T.H. Chin und Ng Hock Guan (Hrsg.), *Economic Management and Transition Towards a Market Economy. An Asian Perspective*, Singapore: World Scientific, S.508-525
- Taubmann, Wolfgang (1996), „Greater China oder Greater Hong Kong?“, in: *Geographische Rundschau* 48, 12, S.688-694
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) (Hrsg.) (1999), *World Investment Report 1999*, Genf: UNCTAD
- Watson, Andrew und Luolin Xin (1986), „China's Open Door Policy in Historical Perspective“, in: *Australian Outlook: The Australian Journal of International Affairs* 40, 2, S.91-99
- Wu, Harry X. (1998), *How rich is China and how fast has the economy grown? Statistical controversies*, Working Paper 98-3, Canberra: National Center for Development Studies (NCDS), Australian National University
- Wu Weiping (1999), *Pioneering Economic Reform in China's Special Economic Zones*, Aldershot: Ashgate
- Yang, Young-Shik (1998), „Peaceful Coexistence, Exchange, and Cooperation: The New Direction of Kim Dae-jung's North Korea Policy“, in: *The Economics of Korean Unification* 3, 1, S.12-23
- Yoon, Deok Ryong (1999), „Economic Effects of the Development of Industrial Complexes in North Korea and Strategies for Successful Development“, in: *The Economic of Korean Reunification* 4, 2, S.139-153

- Zhang, Daogeng und Zhang, Zhongli (1995), „Pudong development and the establishment of Shanghai's position as a center of trade”, in: *Journal of Asian Economics* 6, 2, S.279-289.
- Zou, Junshan, Robert L.A. Morsink und Tongang Liu (1996), „Foreign direct investment and economic restructuring: a case study of Pudong”, in: H. Sander (Hrsg.), *Economic and Corporate Restructuring: Experiences and Challenges of the Decade*, Leiderdorp: Lansa, S.113-129.
- Zhu Xinmin (1998), „Sonderwirtschaftszonen und Nationale Entwicklungszonen: Zentren des Wachstums“, in: Gabriele Schaub und Yuquan Wang (Hrsg.), *China – ein Selbstporträt*, S.197-212
- Zweig, David (2001), „China's stalled 'Fifth Wave'. Zhu Rongji's Reform Package of 1998-2000”, in: *Asian Survey* 61, 2, S.231-247

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-296-4

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2003

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p>Korea 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2003. – 315 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-296-4</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).